

Ab 1. Juli endet für die Energiekonzerne die staatliche Kontrolle der Tarife – die Verbraucher müssen zahlen

## Politiker machen Front gegen saftige Strompreiserhöhungen

Von Martin Lutz

**POLITIKER MACHEN** Front gegen die zum 1. Juli angekündigten Strompreiserhöhungen. So fordert SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber Zwangsmaßnahmen gegen die großen Energiekonzerne. „Damit die Verbraucher günstigere Tarife bekommen, ist vor allem mehr Wettbewerb nötig. Die Gesetzgebung sollte erzwingen, dass der Marktanteil von Vattenfall, RWE, E.on und EnBW kleiner wird“, sagte Kelber der „Welt am Sonntag“.

Bisher teilen sich die vier großen Unternehmen den Markt weitgehend auf. Durch Zwangsmaßnahmen gegen sie könnte der Gesetzgeber Wettbewerbern ermöglichen, von den Konzernen ungenutzte Kraftwerksstandorte zu erwerben.

Stromkunden stehen erhebliche Preiserhöhungen bevor. Etwa 100 Versorger wollen die Preise anheben. Im Extremfall muss ein vierköpfiger Haushalt mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 4000 Kilowattstunden bis zu 34,2 Prozent mehr zahlen. In Berlin und Hamburg etwa sollen die Tarife im Schnitt um 6,5 Prozent beziehungsweise 7,2 Prozent steigen, kündigte der Stromkonzern Vattenfall an.

Sozialdemokrat Kelber wirft den Konzernen „durch nichts gerechtfertigte“ Preiserhöhungen vor. „Die Bezugspreise von Stromproduzen-

ten wie Vattenfall oder RWE sind nicht in der gleichen Größenordnung wie die Erhöhungen gestiegen. Die Einnahmen daraus fließen nur in immer weiter steigende Gewinne“, sagte Kelber. Nötig sei eine viel stärkere Überprüfung durch das Bundeskartellamt.

Auch Umwelt-Staatssekretär Michael Müller (SPD) plädiert dafür, „das Preisgebaren durch das Kartellamt unter die Lupe zu nehmen“. Wichtiger sei es aber, auf EU-Ebene gesetzlich dafür zu sorgen, dass vor jeder Preiserhöhung eine Reduzierung des hohen Energieverbrauchs stehen müsse.

Grund für die Preiswelle ist, dass die staatliche Kontrolle der Tarife endet. Die Energieunternehmen müssen sich dann die Erhöhung ihrer Grundpreise nicht mehr von den Wirtschaftsministerien der Länder genehmigen lassen. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) sagte, dass er ein umfangreiches Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht habe, „um den Konzernen besser auf die Finger zu schauen“. Aber auch die Kunden könnten „Preistreiberei“ wirkungsvoll verhindern. Sie sollten „die Preise genau vergleichen und zum günstigsten Anbieter wechseln“, sagte Glos dieser Zeitung.

Gemeinsam mit Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden ruft

Grünen-Chef Reinhard Bütikofer zum Wechsel auf Ökostrom auf. „Die unverschämte Abzocke der Energiekonzerne sollten die Verbraucher sich nicht gefallen lassen“, sagte Bütikofer.

Das sieht E.on-Chef Wulf Bernotat völlig anders. Für den Strompreisanstieg nennt er vier Gründe: „Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif, das verschweigt die Politik gerne.“ Zweitens müssten die Unternehmen weltweit immer mehr in die Erschließung neuer Energiequellen investieren. Zudem steige die weltweite Nachfrage nach Energie weiter stark an. „Viertens: Die Politik erhöht den Strompreis durch Umlagen und Steuern. Das macht mittlerweile schon 40 Prozent des Strompreises aus“, sagt Bernotat.

In der Hauptstadt Berlin hat Marktführer Vattenfall viele Kunden nur lückenhaft über den Preisanstieg informiert. In einem Schreiben an die Berliner Haushalte gab es keine Hinweise auf den günstigsten Tarif. Diesen kann auch nur nutzen, wer Internet hat und sich auf eine Einzugsermächtigung einlässt. Nach zahlreichen Beschwerden von Kunden will der Energiekonzern zwar besser über die Tarifänderungen informieren. Aber die höheren Preise sollen bleiben.

Mitarbeit: Günther Lachmann